S 44 U 30/20

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land Berlin-Brandenburg

Sozialgericht Landessozialgericht Berlin-Brandenburg

Sachgebiet Unfallversicherung

Abteilung

Kategorie Urteil

Bemerkung -Rechtskraft -

Deskriptoren Berufskrankheit Nr. 2109

Halswirbelsäule

Arbeitstechnische Voraussetzungen

langjähriges Tragen schwerer Lasten

Mindesteinwirkdauer pro Arbeitsschicht

kumulative Gesamtbelastungsdosis

Leitsätze -

Normenkette SGB VII § 9 Abs 1

1. Instanz

Aktenzeichen S 44 U 30/20 Datum 09.03.2021

2. Instanz

Aktenzeichen L 3 U 60/21 Datum 05.10.2023

3. Instanz

Datum -

Die Berufung des KlĤgers gegen das Urteil des Sozialgerichts Cottbus vom 09. MĤrz 2021 wird zurļckgewiesen.

Kosten sind auch f $\tilde{\mathbf{A}}$ $^{1}\!\!_{4}$ r das Berufungsverfahren nicht zu erstatten.

Die Revision wird nicht zugelassen.

Tatbestand

Â

Die Beteiligten streiten um die Anerkennung einer Berufskrankheit nach Nr. 2109 der Anlage 1 zur Berufskrankheitenverordnung (BKV) â∏ Bandscheibenbedingte Erkrankungen der Halswirbelsäule durch langjähriges Tragen schwerer Lasten auf der Schulter, die zu chronischen oder chronisch-rezidivierenden Beschwerden und Funktionseinschränkungen der Halswirbelsäule geführt haben (BK 2109).

Â

Der im Jahr 1957 geborene Klå ger absolvierte von September 1974 bis Juli 1976 eine Ausbildung zum Baufacharbeiter und war, unterbrochen von der Zeit des Wehrdienstes vom 05. Mai 1981 bis zum 29. Oktober 1982 sowie von Zeitrå umen der Arbeitsuche und Krankheit, bis zum Jahr 2012 im Baugewerbe tå tig. Er verrichtete dort Maurer-, Stemm-, Putz- und Betonarbeiten.

Â

Der KlÄger leidet an Erkrankungen der WirbelsÄgule. Bereits in den Jahren 2006 und 2011 nahm er an Rehabilitationsma̸nahmen der Deutschen Rentenversicherung wegen Beschwerden in der LendenwirbelsĤule (LWS) bzw. der Lenden- und der HalswirbelsÄxule (HWS) teil. Schon im RĶntgenbefund des Klinikums D vom 13. Juli 2009 ergab sich eine Steilstellung der Segmente 3 bis 7 der HWS mit empfindlicher Decken- und Grundplattenosteochondrose Aund Begleitspondylose. Aufgrund einer MRT-Untersuchung der HWS vom 29. April 2010 stellte die FachAxrztin fA¼r diagnostische Radiologie Dr. R die Diagnosen: schwere degenerative VerĤnderungen im Bereich der gesamten HWS, aufgehobene Lordose und Nachweis einer mehretagigen Spinalkanalstenose in den Segmenten HWK 3/4, HWK 4/5 und HWK 5/6, wechselseitig betonte ubiquitÃxre Foramenstenosen HWK 3 bis HWK 7 mit entsprechender Alteration der Nervenwurzeln infolge einer HĶhenminderung der BandscheibenrĤume (BSR), osteochondrotische Abstützreaktionen und spondylarthrotische Veränderungen. Eine CT-Untersuchung am 12. August 2013 ergab im Vergleich zum MRT aus 2010 insbesondere in den Segmenten HWK 3/4 und in der HA¶he HWK 6/7 eine progrediente Einengung des Spinalkanals und der osteochondrotischen Abstützreaktionen. Ambulant durchgeführte neurologische Untersuchungen vom 18. September 2013 und 07. Â November 2013 ergaben keine wesentlichen sensomotorischen Defizite. Eine ebenfalls von Dr. R durchgefA¹/₄hrte MRT-Untersuchung der LWS vom 14. Juli 2011 zeigte eine leichte degenerative Gefügestörung und mäÃ□ige Spinalkanalstenose im Segment LWK4/5, Bandscheibendegenerationen und osteochondrotische Abstützreaktionen mehretagig mit Alteration der Nervenwurzel L3, L4 und L 5.

Auf die Äxrztliche Anzeige des Verdachtes einer Berufskrankheit vom 08. Mai 2014 betreffend die BK 2108 (Bandscheibenbedingte Erkrankungen der LendenwirbelsĤule durch langjĤhriges Heben oder Tragen schwerer Lasten oder durch langjĤhrige TĤtigkeiten in extremer Rumpfbeugehaltung, die zur Unterlassung aller TÃxtigkeiten gezwungen haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursĤchlich waren oder sein kA¶nnen) leitete die Beklagte Ermittlungen hierzu ein. Sie holte unter anderem Befundberichte der behandelnden FachAxrztin fA¼r OrthopAxdie Sch vom 27. Mai 2014, der FachAxrztin fA¼r OrthopAxdie und Unfallchirurgie Dr. D vom 06. Juni 2014 sowie Behandlungsunterlagen des Klinikums Dahme-Spreewald zu mehreren dortigen stationĤren Aufenthalten ein. Der KlĤger selbst berichtete von WirbelsĤulenbeschwerden seit 1995, insbesondere bei kĶrperlicher Belastung z. B. beim Mauern. Der Beratungsarzt und Facharzt für Arbeitsmedizin Dr. P kam in seiner Stellungnahme vom 14. August 2014 zu dem Ergebnis, dass eine BK 2108 nicht vorliege. Nach Einholung einer gewerbeĤrztliche Stellungnahme vom 06. November 2014 der Fachärztin für Arbeitsmedizin Dipl.-Med. O, die ebenfalls nicht die Anerkennung einer BK 2108 empfahl, jedoch darauf hinwies, dass degenerative VerĤnderungen der HWS vorlĤgen, lehnte die Beklagte die Anerkennung der BK 2108 mit Bescheid vom 21. November 2014 ab. Den hiergegen gerichteten Widerspruch wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 05. März 2015 zurück. Der Kläger führte bei dem Sozialgerichts Cottbus (SG) das unter dem Aktenzeichen S 15 U 49/15 gefÃ1/4hrte Klageverfahren und sodann beim LSG das Berufungsverfahren zum Az. L 3 U 59/21 zur Anerkennung der BK 2108.

Â

Die Beklagte prå¼fte auf Grund der Stellungnahme der GewerbeĤrztin das Vorliegen der BK 2109. Sie holte hierzu die gewerbeĤrztliche Stellungnahme von Dipl.-Med. O vom 09. MÃxrz 2015 ein. Darin wurde die Anerkennung der BK 2109 nicht empfohlen, weil der KlĤger als Baufacharbeiter keinen besonderen Belastungen, wie sie im Merkblatt für die BK 2109 aufgeführt seien, ausgesetzt gewesen sei. Die Beklagte lehnte daraufhin mit dem streitgegenstĤndlichen Bescheid vom 12. MĤrz 2015 auch die Anerkennung der BK 2109 ab. Zur Begrýndung führte sie aus, dass nach den Ermittlungen die festgestellte Erkrankung nicht ursĤchlich auf die berufliche TĤtigkeit zurļckzufļhren sei. Als arbeitstechnische Voraussetzung der BK 2109 werde ein langjĤhriges schweres Tragen von Lastgewichten (50 kg und mehr) auf der Schulter mit nach vorn und seitwÄxrts erzwungener Kopfbeugehaltung sowie gleichzeitigem maximalen Anspannen der Nackenmuskulatur in der überwiegenden Anzahl der Arbeitsschichten gefordert. Eine derartige Belastung sei bei dem KlĤger als Baufacharbeiter nicht gegeben. Den hiergegen gerichteten Widerspruch, den der KIäger nicht begründete, wies die Beklagte mit Widerspruchsbescheid vom 29. Juni 2015 zurück.

Â

Mit seiner am 28. Juli 2015 vor dem SG Cottbus erhobenen Klage hat der Kläger sein Begehren auf Anerkennung der Berufskrankheit BK 2109 weiterverfolgt. Er hat weiter die Auffassung vertreten, dass die Erkrankungen der HWS auf seine langjährige berufliche Tätigkeit im Baugewerbe, bei der er auch regelmäÃ□ig schwere Lasten zu tragen gehabt habe, zurückzufþhren und daher als BK 2109 von der Beklagten anzuerkennen und zu entschädigen sei. Er hat sich auf die Beweiserleichterungen nach <u>§ 9 Abs. 3</u> Sozialgesetzbuch Siebtes Buch (SGB VII) berufen.

Â

Die Beklagte hat im Rahmen des gerichtlichen Verfahrens am 04. November 2020 ergänzend ausgeführt, dass auch unter Berücksichtigung der wissenschaftlichen Stellungnahme des Ä\(\text{rztlichen Sachverst}\tilde{A}\(\text{mndigenbeirates}\) Berufskrankheiten beim Bundesministerium fýr Arbeit und Soziales (BMAS) aus dem Jahr 2016 die arbeitstechnischen Voraussetzungen fļr die Anerkennung der Berufskrankheit nicht erfå¼llt seien. Sie hat hierzu eine Stellungnahme ihres PrÃxventionsdienstes vom 18. September 2020 sowie des PrÃxventionsdienstes der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft vom 19. Oktober 2020 eingereicht. Die Stellungnahme hat der PrÄxventionsdienst der Beklagten nach einer persönlichen Befragung des Klägers vom 27. August 2020 erstellt. In seiner zusammenfassenden Beurteilung kam er zu dem Ergebnis, dass der KlĤger wĤhrend seiner beruflichen TĤtigkeit Lasten von über 40 kg auf der Schulter oder über der Schulter mit Beteiligung des Rückens getragen habe. Diese Belastung habe aber in der weit überwiegenden Zeit einen Schichtanteil von 30 Minuten nicht erreicht. Es sei w\(\tilde{A} \) xhrend seiner T\(\tilde{A} \) xtigkeit vom 01. April 1993 bis zum 31. Dezember 1996 sowie vom 03. Juli 2001 bis zur Beendigung der beruflichen Tätigkeit im Januar 2012 lediglich an drei Arbeitstagen im Jahr der Schichtanteil von 30 Minuten pro Tag erreicht bzw. überschritten worden (ca. 38 Minuten). Die kumulative Gesamtbelastungsdosis betrage 1.002 kg x h. Die Mindestbelastung i.H.v. 4,4 à 10.000 kg x h sei nicht erreicht worden. Die Prà xventionsabteilung der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ermittelte in ihrer Stellungnahme vom 19. Oktober 2020 aufgrund eines mit dem KlĤger geführten persönlichen GesprÄxchs vom 09. Oktober 2020, eines Telefonats mit dem KlÄxger vom 15. Oktober 2020 sowie eines Telefonats mit dem als Zeugen benannten Kollegen K, für den Tätigkeitszeitraum von 1977 bis 1991 ebenfalls, dass der Kläger zum Teil hohe Lastengewichte auf der Schulter getragen habe. In keiner der Schichten seien jedoch mehr als 0,5 Stunden dieser TAxtigkeit ausgefA¼hrt worden. Damit fehle es an einem der drei erforderlichen Kriterien fýr die Bejahung der arbeitstechnischen Voraussetzung der BK 2109.

Â

Das SG hat medizinische Ermittlungen angestellt, indem es Befundberichte der behandelnden \tilde{A} \square rzte und eine Behandlungs \tilde{A}^{1} /4bersicht von der Krankenversicherung des KI \tilde{A} \times gers eingeholt hat.

Â

Das SG hat mit Urteil vom 09. MĤrz 2021 die Klage abgewiesen. Die Beklagte habe es zu Recht abgelehnt, die BK 2109 beim Kläger festzustellen. Zur Ã∏berzeugung der Kammer erfĽlle der KlĤger bereits nicht die arbeitstechnischen Voraussetzungen der streitigen Berufskrankheit, da eine Einwirkung durch das langjÃxhrige Tragen schwerer Lasten auf der Schulter nicht nachgewiesen sei. Die in der Nr. 2109 der Anlage 1 der BKV verwendeten unbestimmten Rechtsbegriffe â∏|langjährigâ∏| oder â∏|schwerâ∏| seien unter Berücksichtigung der Gesetzesmaterialien (BR- Drucks. 773/92 S. 8) sowie anhand der Vorgaben des vom BMAS herausgegebenen Merkblatts fýr die Ãxrztliche Untersuchung zur Nr. 2109 der Anlage 1 zur BKV und der Wissenschaftlichen Stellungnahme des ̸rztlichen Sachverständigenbeirats â∏∏Berufskrankheitenâ∏ beim BMAS vom 01. Dezember 2016 (Bek. d. BMAS v. 01. Dezember 2016 â∏∏ IVa 4- 45222-2109 -, GMBI. 31. Januar 2017, S. 29 ff.) näher zu konkretisieren. Den Merkblättern komme zwar keine rechtliche Verbindlichkeit zu, sie seien allerdings als Interpretationshilfe und zur Wiedergabe des bei seiner Herausgabe aktuellen medizinischwissenschaftlichen Erkenntnisstands heranzuziehen. ErgĤnzt um die wissenschaftliche Stellungnahme des Ä\(\text{rztlichen Sachverst\text{A}}\)\(\text{mndigenbeirats vom 01. Dezember 2016 stelle das Merkblatt zur ̸berzeugung der Kammer den aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisstand dar. Der ̸rztliche Sachverständigenbeirat â∏Berufskrankheitenâ∏ beim BMAS habe darin vorgeschlagen, die Anforderungen an die erforderliche arbeitsbedingte Einwirkung für eine BK 2109 gegenüber dem Merkblatt aus dem Jahr 1993 herabzusetzen und teilweise zu modifizieren. Danach sei von dem Vorliegen einer ausreichenden Einwirkung auszugehen, wenn der Versicherte Lasten mit einem Lastgewicht von 40 kg oder mehr auf der Schulter oder über der Schulter mit Beteiligung des Rückens wÃxhrend eines Schichtanteils von etwa einer halben Stunde oder mehr getragen habe. Der Tragevorgang mýsse dabei zu einer Kopfbeugehaltung nach vorne oder seitwĤrts oder zu einer Verdrehung der HWS gefļhrt haben. Dies sei beim Tragen von TierkĶrperteilen und SĤcken sowie Balken, Rohren, BaumstĤmmen, SchlĤuchen, Kabeln oder Ĥhnlichen Lasten auf der Schulter oder über der Schulter mit Beteiligung des Rückens der Fall. Die arbeitsbedingte Einwirkung müsse mit einer kumulativen Gesamtbelastung in $H\tilde{A}$ ¶he von mindestens 4,4 x 10.000 (kg x h) einhergehen. Wie sich aus den Stellungnahmen des PrĤventionsdienstes der Beklagten vom 18. A September 2020 und der der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft vom 19. Oktober 2020 ergebe, erfülle der Kläger diese Kriterien nicht. Anhand der vom Kläger beschriebenen ArbeitsablĤufe seien drei Arbeitstage im Jahr ermittelt worden, an denen er etwa 38 Minuten innerhalb einer Arbeitsschicht Lasten von etwa 40 kg auf der Schulter getragen habe. An allen anderen Arbeitstagen habe der KlĤger einen Schichtanteil von 30 Minuten pro Arbeitsschicht nicht erreicht und habe in der Vielzahl der Schichten deutlich darunter gelegen. Die daraus folgende kumulative Gesamtbelastungsdosis i. H. v. 1.002 kg x h erreiche nicht ann Axhernd die geforderte Mindestdosis von 44.000 kg x h. Aus der Stellungnahme der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft ergebe sich, dass der KlĤger an dem zu beurteilenden Arbeitsplatz an ca. 28 Arbeitstagen Lastengewichte von 40 kg bis zu 60 kg auf der Schulter getragen habe, dies jedoch an keinem Tage im Umfang eines Schichtanteils von einer halben Stunde pro Arbeitsschicht. Die Tragebelastungen in den einzelnen Arbeitsschichten und die

Gesamtbelastungsdosis seien zur Ä\[
\]berzeugung der Kammer von den Pr\[
\]A\[
\]ventionsdiensten zutreffend ermittelt worden. Entgegen der Auffassung des Kl\[
\]A\[
\]gers werde das Vorliegen einer ausreichenden arbeitsbedingten Einwirkung zur Erf\[
\]A\[
\]{\}Ilung der arbeitstechnischen Voraussetzungen f\[
\]A\[
\]{\}r die Anerkennung der BK 2109 auch nicht nach \[
\]A\[
\]§ 9 Abs. 3 SGB VII vermutet. Die Vorschrift beziehe sich nicht auf den Nachweis der sch\[
\]A\[
\]genden digenden Einwirkung, sondern lediglich auf den Zusammenhang zwischen Einwirkung und Erkrankung.

Â

Gegen das seinem ProzessbevollmÄxchtigten am 26. MÄxrz 2021 zugestellte Urteil hat der KlÄxger am 08. April 2021 bei dem SG Cottbus Berufung eingelegt. Er hat geltend gemacht, dass nicht ausreichend ermittelt worden sei. Die prÄxventionsdienstlichen Stellungnahmen seien hinsichtlich der ArbeitsablÄxufe nicht nachvollziehbar. Sie basierten auf lückenhaften tatsÃxchlichen Feststellungen und subjektiv geprĤgten EinschĤtzungen, die zwangslĤufig dazu führten, dass auch die rechtliche Bewertung fehlerhaft sei. Entgegen der Auffassung der Beklagten habe er nahezu dauerhaft Lasten auf der Schulter von mehr als 50 kg getragen. Insoweit habe er bereits eine detaillierte und ausführliche Schilderung zu den örtlichen Gegebenheiten und der jeweiligen Körperhaltung zur Akte gereicht. Den Merkblättern komme bei der Auslegung der unbestimmten Rechtsbegriffe keine Verbindlichkeit zu, sie seien Interpretationshilfe. Zwar habe der Ã\(\textit{Trztliche Sachverst}\tilde{A}\(\textit{m}\)ndigenbeirat â∏Berufskrankheitenâ∏ beim BMAS in seiner wissenschaftlichen Stellungnahme aus dem Jahr 2016 insgesamt drei Punkte für die Erfüllung der arbeitstechnischen Anforderungen gefordert. So mÃ1/4sse der Versicherte Lasten mit einem Lastgewicht von A 40 kg oder mehr auf der Schulter oder A¼ber der Schulter unter Beteiligung des Rýckens während eines Schichtanteils von etwa einer halben Stunde oder mehr getragen haben, der Tragevorgang müsse zu einer Kopfbeugehaltung nach vorn oder seitwĤrts oder zu einer Verdrehung der HWS geführt haben, die arbeitsbedingte Einwirkung müsse mit einer kumulativen Gesamtbelastung in Höhe von mindestens 4,4 Ã \sqcap 10.000 kg x h einhergehen. Dagegen sei das Bundessozialgericht (BSG)Â bereits in seiner Entscheidung vom 04. Juli 2013 (Az.: B 2 U 11/12 R) zu dem Ergebnis gelangt, dass sich eine Mindestexpositionsdauer (von 1 Stunde) pro Arbeitsschicht weder in den Materialien noch im Merkblatt zur BK 2109 finden lasse. Es habe zugleich eine RegelmäÃ∏igkeit des Tragen schwerer Lasten als erforderlich angesehen, wobei diese Einwirkung in der ganz überwiegenden Anzahl der Arbeitsschichten stattfinden mýsse, wenn auch eine Zeitgrenze pro Arbeitsschicht nicht hergeleitet werden könne. Entgegen der Auffassung des SG in dem angegriffenen Urteil sei also gerade keine Mindestdauer der Einwirkung pro Schicht zu fordern. Es müssten daher die arbeitstechnischen Voraussetzungen einzelfallbezogen unter sachgerechter AbwĤgung aller Gesichtspunkte geprüft werden. Der Kläger hat unter dem 14. November 2021 eine Aufstellung zu der aus seiner Sicht gegebenen Belastung erstellt. Darin hat er ausgeführt, dass aufgrund von Facharbeitermangel bereits in der Lehrzeit eine volle Integration in die Brigade stattgefunden habe. Es habe Schwerstarbeit geleistet werden mýssen. Es sei auch nicht ausreichend darauf eingegangen worden, dass zu DDR-Zeiten kaum

technische Hilfsmittel existiert hAxtten bzw. nicht in jeder Brigade stAxndig verfügbar gewesen seien. Insbesondere in der Auflistung der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft seien nur 28 Tage enthalten, an denen schwer getragen worden sei. Dies sei nicht nachvollziehbar. Es dürfe nicht vergessen werden, dass auch die Witterung eine Rolle gespielt habe sowie der Untergrund, der nicht immer glatt, sondern uneben und nicht befestigt gewesen sei. Man kA¶nne daher nicht pauschal mit einer Tragegeschwindigkeit von 1 m/s rechnen. Es sei au̸erdem tagelang bei Sanierungsarbeiten Schutt per Hand mit Baueimern links und rechts in den HĤnden die Treppen von WohnblĶcken runtergetragen worden. Es sei auch oft in gebýckter Haltung gearbeitet worden. Nach 38 Jahren körperlich schwerer Arbeit könne man die Arbeit nicht in Minuten aufteilen. Um Sturze z. B. für den Keller eines Eigenheims zu verlegen zu kalnnen, seien folgende Arbeitsschritte erforderlich: man brĤuchte pro Fenster oder Tür drei Sturze. Diese seien vom Au̸enbereich in den Bau zu tragen. Man lege sie auf der Rüstung ab, danach könnten sie erst von der Rüstung aus verlegt werden. Dazu brauche man viel mehr Zeit als in den Tabellen erfasst. Bei einem Einfamilienhaus brauche man ca. 50 Sturze. Die Sturze hÄxtten in der Regel auch ein Lastgewicht von 50 bis 70 kg gehabt.

Â

Der KlĤger beantragt,

Â

das Urteil des Sozialgerichts Cottbus vom 09. März 2021 und den Bescheid der Beklagten vom 12. März 2015 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 29. Juni 2015 aufzuheben und festzustellen, dass bei ihm eine Berufskrankheit nach Nr. 2109 der Anlage 1 der BKV vorliegt.

Â

Die Beklagte beantragt,

Â

 \hat{A} \hat{A} die Berufung zur \tilde{A}^{1} /4ckzuweisen.

Â

Aufgrund der weiteren vom Kläger im Rahmen des Berufungsverfahrens getätigten Angaben zu seiner tatsächlichen Tätigkeit hat die Beklagte auf Aufforderung des Senats eine ergänzende Stellungnahme Arbeitsplatzexposition ihrer Präventionsabteilung vom 16. Dezember 2021 sowie der Präventionsabteilung der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft vom 10. Dezember 2021 eingereicht. Danach ergebe sich â□□ selbst wenn man annähme, dass der Kläger die 50 Sturze für ein Einfamilienhaus in einer Schicht allein getragen hätte â□□ keine Belastung von mindestens 30 Minuten pro

Arbeitsschicht; auch nicht, wenn man die Wegstrecke verdreifache.

Â

Der Senat hat zudem die Akten des Verfahrens L 3 U 59/21 mit dem dort vom Facharzt fýr Orthopädie und Chirurgie Dr. T am 07. Februar 2022 nach körperlicher Untersuchung des Klägers vom 20. Januar 2022 erstellten medizinischen Sachverständigengutachten beigezogen. Der Sachverständige hat darauf hingewiesen, dass die Beschwerden an der HWS und LWS anlagebedingt seien und ein Zusammenhang zwischen Arbeitsschwere und Beschwerden/Bandscheibenschäden an der HWS/LWS nicht vorliege (S. 34 des Gutachtens). Der Sachverständige hat in der HWS nach ICD-10 ein Zervikobrachial-Syndrom (M53.1) diagnostiziert und ergänzend ausgeführt, dass dies nicht als eine Bandscheibenerkrankung zu verstehen sei, sondern insgesamt ein altersassoziierter VerschleiÃ□ bestehe (S. 32 des Gutachtens).

Â

Die Beteiligten haben sich mit SchriftsĤtzen vom 30. Mai 2022 und vom 04. Februar 2022 mit einer Entscheidung des Senats ohne mündliche Verhandlung (§ 153 Abs.1, § 124 Abs. 2 Sozialgerichtsgesetz) einverstanden erklĤrt.

Â

Wegen der weiteren Einzelheiten des Sach- und Streitstandes wird auf den sonstigen Inhalt der Gerichtsakten zum vorliegenden Verfahren sowie zum Verfahren L 3 U 59/21 und der Verwaltungsakten der Beklagten, die Gegenstand der Entscheidungsfindung gewesen sind, verwiesen.

Â

Â

Entscheidungsgründe

Â

Â

Der Senat konnte durch Urteil ohne mündliche Verhandlung gemäÃ∏ §Â§ 153 Abs. 1, 124 Abs. 2 SGG entscheiden, nachdem sich alle Beteiligten hiermit einverstanden erklärt haben.

Â

Die gem $\tilde{A} = \tilde{A} =$

Das SG Cottbus hat die Klage zu Recht abgewiesen. Die kombinierte Anfechtungsund Feststellungsklage erweist sich als statthaft und im $\tilde{A} \Box$ brigen zul $\tilde{A} \times s$ sig. Der Kl $\tilde{A} \times g$ er kann w $\tilde{A} \times h$ len, ob er sein Begehren mit einer kombinierten Anfechtungsund Feststellungsklage ($\tilde{A} \times \tilde{A} \times \tilde$

Â

Die Klage ist aber unbegründet. Der Kläger hat keinen Anspruch auf die Feststellung der bei ihm vorliegenden Erkrankungen der Halswirbelsäule als Berufskrankheit nach Nr. 2109 der Anlage 1 zur BKV.

Â

Berufskrankheiten sind gemäÃ∏ <u>§ 9 Abs. 1 SGB VII</u> Krankheiten, die die Bundesregierung durch Rechtsverordnung mit Zustimmung des Bundesrates als solche bezeichnet und die Versicherte infolge einer den Versicherungsschutz nach <u>§Â§Â 2, 3</u> oder <u>6 SGB VII</u> begründenden Tätigkeit erleiden. Zu den vom Verordnungsgeber in der BKV vom 31. Oktober 1997 (BGBI, I 1997, 2623) bezeichneten Berufskrankheiten gehĶrt nach Nr. 2109 auch die â∏Bandscheibenbedingte Erkrankung der Halswirbelsäule Â durch langjähriges Tragen schwerer Lasten auf der Schulter, die zur Unterlassung aller TÄxtigkeiten gefļhrt haben, die für die Entstehung, die Verschlimmerung oder das Wiederaufleben der Krankheit ursächlich waren oder sein könnenâ∏. In der ab dem 01. Januar 2021 gÃ⅓ltigen Fassung der BKV vom 12. Juni 2020 (BGBI. I 2020, 1248) wurde die BK 2109 neu gefasst und lautet nach Wegfall des sog. Unterlassungszwangs: â∏Bandscheibenbedingte Erkrankungen der Halswirbelsäule Â durch langjÄxhriges Tragen schwerer Lasten auf der Schulter, die zu chronischen oder chronisch-rezidivierenden Beschwerden und FunktionseinschrĤnkungen (der Halswirbelsäule) geführt habenâ∏.

Â

Der KlĤger gehĶrt zum versicherten Personenkreis. Er war auf Grund seiner TĤtigkeit als Baufacharbeiter bei Bauunternehmen im Sinne des <u>§Â 2 Abs. 1 Nr. 1 SGB VII</u> versichert.

Â

Die Feststellung einer Berufskrankheit setzt voraus, dass zum einen die arbeitstechnischen Voraussetzungen in der Person des KlĤgers gegeben sind und

dass zum anderen das typische Krankheitsbild dieser Berufskrankheit vorliegt und dieses im Sinne der unfallrechtlichen KausalitÄxtslehre wesentlich ursÄxchlich auf die berufliche TĤtigkeit zurļckzufļhren ist. Die Krankheit, die versicherte Tätigkeit und die durch sie bedingten schädigenden Einwirkungen einschlieÃ∏lich deren Art und Ausma̸ müssen im Sinne des Vollbeweises, also mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit nachgewiesen werden, wĤhrend für den ursÃxchlichen Zusammenhang als Voraussetzung der EntschÃxdigungspflicht grundsätzlich die (hinreichende) Wahrscheinlichkeit, nicht jedoch die bloÃ∏e Möglichkeit ausreicht. Für den Ursachenzusammenhang zwischen Einwirkungen und Erkrankungen im Recht der Berufskrankheiten gilt, wie auch sonst in der gesetzlichen Unfallversicherung, die Theorie der wesentlichen Bedingung (vgl. zum KausalitÃxtsbegriff in der gesetzlichen Unfallversicherung die stÃxndige Rechtsprechung des BSG, Urteile vom 04. Dezember 2014 â∏ B 2 U 18/13 R -, Rn. 16 ff., vom 13. November 2012 â_{□□} <u>B 2 U 19/11 R</u> -, Rn. 20 ff., vom 31. Januar 2012 â∏ B 2 U 2/11 R -, Rn. 16 ff., vom 02. April 2009 â∏ B 2 U 29/07 R -, Rn. 15 ff., vom 27. Juni 2006 â∏∏ <u>B 2 U 20/04 R</u> -, Rn. 18 ff. und vom 09. Mai 2006 â∏∏ <u>B 2 U</u> 1/05 R -, Rn. 13 ff., alle zitiert nach juris; siehe auch: SchĶnberger/Mehrtens/Valentin, Arbeitsunfall und Berufskrankheit, 9. Aufl. 2017, Kap. 1.7, S. 21 f.). Die Nichterweislichkeit bzw. die tatsAxchliche UnaufklAxrbarkeit der anspruchsbegründenden Tatsachen â∏ einschlieÃ∏lich der Kausalkette â∏ geht nach den Regeln der objektiven Beweislast zulasten des Versicherten (vgl. BSG, Urteil vom 17. Dezember 2015 $\hat{a} \square \square B 2 U 8/14 R$ -, Rn. 25, juris m.w.N.).

Â

Vorliegend fehlt es bereits an den arbeitstechnischen Voraussetzungen.

Â

Die BK 2109 setzt arbeitstechnische Voraussetzungen in Form eines langjĤhrigen Tragens schwerer Lasten auf der Schulter voraus. Dabei sind die verwendeten unbestimmten Rechtsbegriffe wie â∏langjährigâ∏ oder â∏schwerâ∏ näher zu konkretisieren. Bei Berufskrankheiten ist dabei jeweils der im Entscheidungszeitpunkt aktuelle Stand der medizinischen Wissenschaft zugrunde zu legen (vgl. BSG, Urteil vom 16. März 2021 â∏ B 2 U 11/19 R -, Rn. 34, juris). Als aktueller Erkenntnisstand sind solche durch Forschung und praktische Erfahrung gewonnenen Erkenntnisse anzusehen, die von der gro̸en Mehrheit der auf dem betreffenden Gebiet tÄxtigen Fachwissenschaftler anerkannt werden, ļber die also, von vereinzelten nicht ins Gewicht fallenden Gegenstimmen abgesehen, Konsens besteht (BSG, a.a.O.). Hierbei sind u. a. die MerkblÄxtter des zustÄxndigen Ministeriums, die Begründungen des Sachverständigenbeirats und Konsensempfehlungen heranzuziehen und zu wýrdigen. Wesentliche Bedeutung kommt dabei dem vom BMAS herausgegebenen Merkblatt für die Ãxrztliche Untersuchung zur Nr. A 2109 der Anlage 1 zur BKV (Bek. des BMA, BArbBI 3/1993, S. 53) und der Wissenschaftlichen Stellungnahme des Ã∏rztlichen Sachverständigenbeirats â□□Berufskrankheitenâ□□ beim BMAS vom 01. Dezember 2016 (GMBl. 31. Januar 2017, S. 29 ff.) zu.

Die in der Wissenschaftlichen Stellungnahme des ̸rztlichen Sachverständigenbeirats â∏Berufskrankheitenâ∏ beim BMAS vom 01. Dezember 2016 formulierten arbeitstechnischen Voraussetzungen legen den aktuellen Stand der medizinischen Wissenschaft zu Grunde. A Nach dem (urspr A¼nglichen) Merkblatt zur BK 2109 besteht ein erhĶhtes Risiko für bandscheibenbedingte Erkrankungen der HWS, wenn folgende Voraussetzungen erfA¼llt sind: 1. Tragen von schweren Lasten auf der Schulter mit Lastgewichten von 50 kg und mehr, 2. die Lasten müssen langjährig getragen worden sein. Langjährig bedeutet, dass zehn Berufsjahre als die im Durchschnitt untere Grenze der belastenden TÄxtigkeit zu fordern sind. In begründeten Einzelfällen kann es jedoch möglich sein, dass bereits eine kürzere, aber sehr intensive Belastung eine bandscheibenbedingte Erkrankung der HWS verursacht, 3. die Lasten müssen mit einer gewissen RegelmäÃ∏igkeit und Häufigkeit in der überwiegenden Zahl der Arbeitsschichten getragen worden sein. Das BSG hat zum Kriterium der RegelmäÃ∏igkeit des Tragens schwerer Lasten auf der Schulter ausgeführt, dass das regelmäÃ∏ige Tragen schwerer Lasten auf der Schulter voraussetze, dass die entsprechende Last in der ganz überwiegenden Anzahl der Arbeitsschichten getragen wurde, ohne dass eine Mindesttragezeit pro Arbeitsschicht zu fordern sei. Das Tragen schwerer Lasten mýsse mit einer nach vorn und seitwÃxrts erzwungenen Haltung der HWS einhergehen (BSG, Urteil vom 04. Juli 2013Â â∏ B 2 U 11/12 RÂ â∏, Leitsatz und Beschluss vom 30. Januar 2020Â â∏ B 2 U 152/19 B â∏, Rn. 10 (obiter dictum), juris). Wie bei der Belastungsdauer könnten geringere oder fehlende Einwirkungen in einer Arbeitsschicht durch stĤrkere oder lĤnger dauernde Belastungen in anderen Schichten ausgeglichen werden. Insoweit lasse sich dem BK-Tatbestand, der Begründung des Verordnungsgebers und dem Merkblatt nur das Erfordernis eines regelmäÃ∏igen Tragens, nicht aber eines arbeitstÄxglichen Tragens von schweren Lasten auf der Schulter entnehmen (vgl. hierzu BSG, Urteil vom 04. Juli 2013 â Π B 2 U 11/12 R -, Rn. 15, juris). Der ̸rztliche Sachverständigenbeirat â∏Berufskrankheitenâ∏ beim BMAS hat in seiner wissenschaftlichen Stellungnahme vom 01. Dezember 2016 die Auffassung vertreten, dass ein unteres Abschneidekriterium für die erforderliche Dauer pro Schicht der arbeitsbedingten Einwirkung notwendig sei, da es aus wissenschaftlicher Sicht nicht begründbar sei, dass eine sehr kurzzeitige arbeitsbedingte Einwirkung im Sinne der BK 2109 pro Schicht, z. B. das Tragen einer SchweinhĤlfte Ä 50 kg ļber zehn Meter pro Tag, entsprechend einer Einwirkungsdauer von ca. zehn Sekunden bis allenfalls ca. 20 Sekunden am Tag, eine BK Nr. A 2109 verursachen solle. Ferner solle sich die Ableitung einer Mindestvoraussetzung fýr die Dauer der erforderlichen Einwirkung im Sinne der BK 2109 an der Einwirkung der beiden in der amtlichen Begründung der Bundesregierung (Bundesrat-Drs. 773/92, Seite 9, Absatz 3) zu dieser BK genannten Berufsgruppen (Transportarbeiter in SchlachthĶfen und SacktrĤger) orientieren. Der SachverstĤndigenbeirat hat sich hinsichtlich der arbeitsbedingten Mindestbelastung in Höhe von 4,4 x 10.000 (kg x h) im Wesentlichen an Schäfer et al. (Vergleich der Belastungen von Fleisch- und KohletrĤgern beim Tragen von Lasten auf der Schulter, Zentralblatt fA1/4r Arbeitsmedizin 58, 82-93) orientiert. Danach lag die Trageentfernung â∏unter Lastâ∏ der untersuchten Fleisch- und

Kohleträger im Bereich von 2.000 bis 4.500 m und somit â∏ bei typischen Gehgeschwindigkeiten von etwa einem Meter pro Sekunde â∏ bei Tragedauern von $\tilde{A}\frac{1}{4}$ ber 30 bis zu 75 Minuten pro Tag. Hiervon wurde eine Mindesttragedauer von einer halben Stunde pro Tag abgeleitet. In Verbindung mit einer Mindestlast von 40 kg je Tragevorgang errechnete sich hieraus eine tägliche Dosis von 20 (kg x h), die als Richtwert fÃ1/4r eine tÃxgliche Belastung durch das Tragen schwerer Lasten auf der Schulter oder über der Schulter mit Beteiligung des Řückens im Sinne der BK 2109 definiert wurde. Unter Berücksichtigung einer langjährigen Tätigkeit von mindestens zehn Jahren errechnete sich eine arbeitsbedingte Gesamtbelastung von mindestens 20 (kg x h) pro Tag x 220 Tage pro Jahr x 10 Jahre = 44.000 kg x h. Diese Gesamtdosis von 44.000 kg x h, entsprechend 4,4 x 10.000Â kg x h, stelle somit ein Maà für die arbeitsbedingte Gesamtbelastung dar, ab der eine ausreichende Exposition im Sinne der BK 2109 angenommen werde. Sofern die Belastung pro Schicht besonders intensiv ist, reiche auch nach der wissenschaftlichen Stellungnahme aus dem Jahr 2016 eine geringere Expositionsdauer als zehn Jahre aus, sofern die Gesamtdosis in HA¶he von mindestens 4,4 x 10.000 kg x h erreicht werde. In Anwendung dieser Ma̸stäbe hat der ̸rztliche Sachverständigenbeirat â∏Berufskrankheitenâ∏ beim BMAS nach Auswertung der Fachliteratur als Anhaltspunkt formuliert, dass 1. der Versicherte Lasten mit einem Lastengewicht von 40 kg oder mehr auf der Schulter oder über der Schulter mit Beteiligung des Rückens während eines Schichtanteils von etwa einer halben Stunde oder mehr getragen hat, 2. der Tragevorgang zu einer Kopfbeugehaltung nach vorne oder seitwĤrts oder zu einer Verdrehung der HWS geführt hat und 3. die arbeitsbedingte Einwirkung im Sinne von Ziffer 1 und 2 mit einer kumulativen Gesamtbelastung in Höhe von mindestens 4,4 x 10.000 (kg x h) einhergeht, wobei alle Kriterien kumulativ erfüllt sein mýssen. Die von BSG in seinem Urteil vom 04. Juli 2013 getroffene Aussage, dass eine Mindestdauer einer Einwirkung pro Schicht nicht zu fordern ist, sieht der Senat durch die nach Auswertung der aktuellen wissenschaftlichen Erkenntnisse erstellten Wissenschaftlichen Stellungnahme des ̸rztlichen Sachverständigenbeirates â∏Berufskrankheitenâ∏ beim BMAS vom 01. Dezember 2016 als überholt an. Der Senat hat keine Anhaltspunkte dafür, dass es hierzu neuere Erkenntnisse gibt, die einen wissenschaftlichen Konsens darstellen (vgl. auch: LSG Baden-Wù/4rttemberg, Urteil vom 17. November 2020Â â□□ L 9 U 3225/15Â â□□, Rn. 38, juris; Mehrtens/Brandenburg, Die Berufskrankheitenverordnung, Stand: Dezember 2022, M 2109 Ziff. 4; SchA¶nberger/Mehrtens/Valentin, Arbeitsunfall und Berufskrankheit, 9. Aufl. 2017, S. 529f).

Â

Bei dem KlĤger wurde, wie sich aus den auf der Grundlage der genannten Kriterien erstellten Stellungnahmen Arbeitsplatzexposition des PrĤventionsdienstes der Beklagten vom 18. September 2020 und der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft vom 19. Oktober 2020 ergibt, mit einer kumulativen Gesamtbelastungsdosis von 1.002 kg x h die erforderliche Mindestbelastung von 44.000 kg x h deutlich unterschritten. Nach den Berechnungen des PrĤventionsdienstes der Beklagten, war der KlĤger unter Zugrundelegung von

220 Arbeitsschichten pro Jahr mit dem Tragen von Lasten mit mindestens 40 kg auf der Schulter in seinen verschiedenen TÄxtigkeitszeitrÄxumen wie folgt belastet:

Â

01.09.1974 â ☐ 31.08.1975Â an 106 Arbeitsschichten/Jahr mit je ca. 5 Min.

01.09.1975 $\hat{a} \sqcap 15.07.1976 \hat{A} \hat{A}$ an 191 Arbeitsschichten /Jahr mit je ca. 5 Min.

16.07.1976 â ☐ 30.06.1977Â Â an 89 Arbeitsschichten /Jahr mit je ca. 5 Min.

18.07.1977 â□□ 04.05.1981Â Â an 56 Arbeitsschichten /Jahr mit je ca. 5 Min.

08.11.1982 â□□ 30.09.1991Â Â an 56 Arbeitsschichten /Jahr mit je ca. 5 Min.

01.04.1992 â□□ 31.08.1995Â Â an 55 Arbeitsschichten /Jahr mit je ca. 5 Min.

01.04.1996 â∏∏ 04.01.2012Â Â an 33 Arbeitsschichten /Jahr mit ca. 5 Min.

Â

Nach der vom Präventionsdienst der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft am 19. Oktober 2020 fýr den Zeitraum vom 18. Juli 1977 bis zum 04. Mai 1981 und vom 08. November 1982 bis zum 30. September 1991 erstellten Stellungnahme Arbeitsplatzexposition hat der Kläger in diesen Zeiträumen in 28 Arbeitsschichten pro Jahr Lastengewichte von ýber 40 kg auf der Schulter getragen, dies jeweils fþr ca. 1 Minute bis zu 17,5 Minuten pro Arbeitsschicht (20 Arbeitsschichten mit 17,5 Minuten, 3 Arbeitsschichten mit 70 Sekunden, 3 Arbeitsschichten mit 72 Sekunden und 2 Arbeitsschichten mit 100 Sekunden).

Â

Der Senat hält beide Stellungnahmen für nachvollziehbar und schlüssig und legt sie seiner rechtlichen Bewertung zu Grunde. Die Stellungnahmen wurden jeweils auf Grund einer ausführlichen Befragung des Klägers (persönlich oder telefonisch) und dessen detaillierten Angaben erstellt und enthalten die einzelnen in

den verschiedenen ZeitrĤumen verrichteten TĤtigkeiten mit den unterschiedlichen auf den Schultern getragenen Lastgewichten. Die Berechnungen zu den Tragedauern sind ebenfalls schlA¼ssig dargelegt. Dabei kann offen bleiben, welcher Berechnung fýr die Zeiträume vom 18. Juli 1977 bis zum 04. Mai 1981 und vom 08. November 1982 bis zum 30. September 1991 der Vorzug zu geben ist; der der Beklagten mit mehr Arbeitsschichten und weniger Belastung/Schicht oder der der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft mit einer geringeren Anzahl belastender Arbeitsschichten, aber hA¶herer Belastung. Aus beiden Stellungnahmen wird deutlich, dass die Belastung nicht tĤglich und ganz überwiegend (bzw. für den von der Landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft beurteilten Zeitraum ausschlieà lich) mit einer deutlich unter 30 Minuten dauernden Belastung je Arbeitsschicht einhergegangen ist. Der KlĤger ist der Aufteilung der zugrunde gelegten Arbeiten weder im erstinstanzlichen Verfahren noch im Berufungsverfahren substantiiert entgegengetreten. Zwar hat er in seiner Stellungnahme vom 14. November 2021 ausgeführt, dass bei den Maurerarbeiten die auf der Schulter getragenen Sturze aus Beton zum Teil 50 bis 70 kg gewogen hÃxtten und beispielhaft für ein Einfamilienhaus 50 Sturze zu transportieren gewesen seien. Nach den AusfĽhrungen in der Stellungnahme des PrÃxventionsdienstes der Beklagten vom 16. Dezember 2021 vermag dies aber nichts an der EinschĤtzung zu Ĥndern. Der Senat folgt dieser Bewertung. Selbst unter Zugrundelegung dessen, dass alle 50 Sturze in einer Arbeitsschicht und allein vom KlAxger getragen worden wAxren, ergAxbe sich eine Belastung von 8,33 Minuten Tragezeit (50 x 10s). Auch in Addition mit dem ýbrigen Tragen von Lasten über 40 kg auf der Schulter im Rahmen der vom Kläger ausgeführten Maurerarbeiten â∏ dem Tragen von 50 kg â∏ Zementsäcken in den Zeiträumen vom 01. Juli 1974 bis zum 31. August 1975, vom 01. September 1975 bis zum 15. Juli 1976, vom 16. Juli 1976 bis zum 30. Juni 1977, vom 18. Juli 1977 bis zum 04. Mai 1981, vom 08. November 1982 bis zum 30. September 1991, vom 01. April 1992 bis zum 31. August 1995, die der PrĤventionsdienst mit etwa 2 Minuten errechnet hat â∏ ergäbe sich nur eine Tragezeit je Arbeitsschicht von etwas über 10 Minuten. Selbst bei einer Annahme der Verdopplung der Wegezeiten, etwa wegen des unebenen GelĤndes auf den Baustellen, wĤren 30 Minuten pro Arbeitsschicht bei weitem nicht erreicht. Der Senat hAxIt es darA¼ber hinaus nicht fA¼r plausibel, dass alle Sturze (für Keller, Türen und Fenster) an einem Tag, also innerhalb einer Arbeitsschicht, und allein vom KlĤger getragen worden sein sollen, so dass es sich bereits um eine im Unfallversicherungsrecht nicht vorzunehmende ânnworstcaseâ∏∏-Berechnung handelt.

Â

Eine Belastung von mindestens 30 Minuten ist daher nur f $\tilde{A}^{1/4}$ r drei Arbeitsschichten pro Jahr, an denen der Kl \tilde{A} ger 30 Sackgebinde mit je 40 kg jeweils $\tilde{A}^{1/4}$ ber eine Strecke von 50m getragen hat, w \tilde{A} hrend einer Besch \tilde{A} ftigungsdauer von 13,25 Jahren anzunehmen. Die Berechnung der sich daraus ergebenden kumulativen Belastungsdosis von 1.002 kg x h hat der Pr \tilde{A} ventionsdienst schl \tilde{A} ssig dargestellt. Die erforderliche Belastung von 44.000 kg x h wird damit nicht ann \tilde{A} hernd erreicht.

Aber auch wenn man den Ausfýhrungen des BSG in dessen Urteil vom 04. Juli 2013 (a. a. O.) folgte und keine Mindestexpositionsdauer pro Arbeitsschicht forderte, wĤren die arbeitstechnischen Voraussetzungen nicht erfÃ⅓llt. Das BSG hat eine RegelmäÃ∏igkeit des Tragens schwerer Lasten auf der Schulter mit Zwangshaltung als erforderlich angesehen, wobei die Einwirkung in der ganz Ã⅓berwiegenden Anzahl der Arbeitsschichten stattfinden mÃ⅓sse, auch wenn eine genaue Zeitgrenze pro Arbeitsschicht nicht hergeleitet werden könne. An einer erforderlichen Einwirkung in der Ã⅓berwiegenden Anzahl der Arbeitsschichten fehlt es vorliegend ebenfalls. Aus den vom Senat zugrunde gelegten Stellungnahmen der Präventionsdienste ergibt sich, dass der Kläger lediglich in den beiden ersten Jahren seiner beruflichen Tätigkeit (Ausbildung) in mehr als der Hälfte der Arbeitsschichten und damit in der Ã⅓berwiegenden Anzahl (siehe hierzu BSG, Beschluss vom 30. Januar 2020 â∏ B 2 U 152/19 B â∏, Rn. 11, juris) relevant belastet gewesen wäre. Eine langjährige (mindestens 8 Jahre) Belastung in der Ã⅓berwiegenden Anzahl der Arbeitsschichten ist daher nicht gegeben.

Â

Dabei verkennt der Senat nicht, dass der KlĤger â wie von ihm anschaulich und nachvollziehbar geschildert â al Baufacharbeiter ganztĤgig eine kĶrperlich schwere TĤtigkeit ausgeļbt hat. Zu berļcksichtigen ist im Rahmen der BK 2109 aber allein das Tragen schwerer Lasten auf der Schulter, so dass es auf das von ihm beschriebene Tragen von Eimern mit Schutt, Tragen von Steinen etc. nicht ankommt. Die TĤtigkeit des KlĤgers, der Facharbeiter und nicht etwa Bauhelfer war, ist auch insgesamt nicht mit derjenigen eines hauptberuflichen TrĤgers vergleichbar. Soweit der KlĤger vortrĤgt, bei seiner TĤtigkeit komme erschwerend hinzu, dass er beim Tragen auch Unebenheiten habe ausgleichen mÄ⅓ssen, ist dies auf Grund der TĤtigkeit auf Baustellen gut nachvollziehbar. Dieser Umstand hat zwar die Arbeit des KlĤgers erschwert, findet aber in den wissenschaftlichen Stellungnahmen hinsichtlich der BegrÄ⅓ndung der BK 2109 keine BerÄ⅓cksichtigung und ist daher nicht als maÄ gebliches Kriterium heranzuziehen.

Â

Darüber hinaus ist die Kausalität der Erkrankung zu der Belastung des Klägers nicht überwiegend wahrscheinlich. Unabhängig davon, dass das Vorliegen der arbeitstechnischen Voraussetzungen für die BK 2109 nicht nachgewiesen ist, ist auch in medizinischer Hinsicht eine Verursachung der geklagten Beschwerden an der HWS durch eine berufliche Belastung im Sinne der BK 2109 nicht hinreichend wahrscheinlich. Insoweit hat Dr. T in dem im Parallelverfahren zur BK 2108 eingeholten Gutachten vom 07. Februar 2022 nach Auswertung anamnestischer, klinischer und bildmorphologischer Befunde der HWS, BWS und der LWS ausgeführt, dass diese und der Verlauf der Befunddokumentation durch die behandelnde Orthopädin darauf hinwiesen, dass die Beschwerden an der HWS und LWS anlagebedingt seien und ein Zusammenhang zwischen Arbeitsschwere und

Beschwerden/BandscheibenschĤden an der HWS und LWS nicht vorliege (S. 34 des Gutachtens). Der SachverstĤndige hat in der HWS nach ICD-10 ein Zervikobrachial-Syndrom (M53.1) diagnostiziert und ergĤnzend ausgefĹ¼hrt, dass dies nicht als eine Bandscheibenerkrankung zu verstehen sei, sondern insgesamt ein altersassoziierter VerschleiÄ∏ bestehe (S. 32 des Gutachtens). Diese Ausfù¼hrungen erweisen sich fù¼r den Senat als ù¼berzeugend. Sie beruhen auf der Auswertung der umfangreichen medizinischen Unterlagen und legen anhand des Beschwerdeverlaufs und der VerĤnderungen an den Bandscheiben und Wirbelkörpern (Randzacken) in den verschiedenen Bereichen der Wirbelsäule schlù¼ssig dar, dass die Veränderungen der HWS und LWS nicht wahrscheinlich durch Belastungen verursacht worden sind.

Â

Die Kostenentscheidung beruht auf <u>§ 193 Abs. 1 Satz 1 SGG</u> und folgt der Entscheidung in der Hauptsache.

Â

GrÃ $\frac{1}{4}$ nde fÃ $\frac{1}{4}$ r die Zulassung der Revision im Sinne von $\frac{2}{4}$ 160 Abs. 2 SGG liegen nicht vor.

Erstellt am: 09.11.2023

Zuletzt verändert am: 22.12.2024